

## 7 Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2013

**Gleicher Lohn und gleiche Rechte bei jeder Teilzeitarbeit!**

**Existenzsicherung für Frauen – mit Entgeltgleichheit und sozialer Sicherung – statt Minijob**

Eine Aktion der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen  
(BAG)

und des Deutschen Frauenrates (DF) zur Bundestagswahl 2013

Foto	Name: Janina Pfau Partei: DIE LINKE Wahlkreis: 166 Vogtlandkreis
<b>Fragen:</b>	<b>Antworten:</b>
1. Was halten Sie von der geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijob) als Arbeitsmarktinstrument?	Minijobs haben sich als arbeitsmarktpolitisches Instrument als untauglich erwiesen. Sie bilden nur in wenigen Fällen eine Brücke in reguläre Beschäftigung. Für viele Frauen werden sie zur beruflichen Sackgasse, da Minijobs keine eigenständige Existenzsicherung gewährleisten können. Minijobs müssen daher eingedämmt werden. Ich setze mich dafür ein, dass Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gleich gestellt werden. Abhängige Beschäftigung soll ohne Ausnahme ab dem ersten Euro Entgelt der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Gleichzeitig muss ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und die öffentlichen, vor allem sozialen Dienstleistungen ausgebaut werden, um neue Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.
2. Wissen Sie, wie viel ein Jahr Arbeit im Minijob mit einem Verdienst von 300 € / Monat an monatlicher Rente heute einbringt?	2,40€ <input type="checkbox"/> 3,40€ <input checked="" type="checkbox"/> 4,40€ <input type="checkbox"/>
3. Sollte der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Minijobs gelten?	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
4. Wie setzen Sie sich für die soziale Sicherung ab dem 1. Euro ein?	Schon seit Langem setzt sich meine Partei im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Raum dafür ein und hat zuletzt einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem die Gleichstellung von Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gefordert wird (Bundestagsdrucksache 17/7386). Auch ich werde mich, sollte ich von den Bürgerinnen und Bürgern in den Bundestag gewählt werden, für diese

	Forderung einsetzen.
5. Was halten Sie von der Steuerklasse V?	Finde ich schlecht, weil sie die Erwerbsarbeit von verheirateten Frauen hemmt und den Verdienst von Frauen in der Zuverdienerinnenrolle marginalisiert. Sie sollte zugunsten einer Individualbesteuerung abgeschafft werden, bei der tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen steuerlich berücksichtigt werden.
6. Warum arbeiten Frauen Ihrer Meinung nach in Minijobs?	Ich glaube die Gründe sind sehr verschieden. Oft haben Frauen aber keine andere Wahl, da sie nichts anderes angeboten bekommen. Beispielsweise für Müttern mangelt es vielerorts an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, so dass den Müttern nichts anderes übrig bleibt als einen Minijob anzunehmen. Oft liegt es auch an familienfeindlichen Bedingungen in der Arbeitswelt. Es müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Frauen reguläre Beschäftigungsverhältnisse angeboten bekommen und annehmen können.
7. Welche Alternative sehen bzw. wünschen Sie sich zu den Minijobs?	Voll sozial versicherte, gut entlohnte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen für Frauen sowohl in der privat Wirtschaft als auch im öffentlichen Bereich, damit Frauen Familie und Beruf vereinbaren können. Dazu benötigt es aber auch einen flächendeckende, bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur. Zusätzlich müssen die Rechte von Eltern am Arbeitsplatz gestärkt werden, z.B. durch einen erweiterten Kündigungsschutz, das Rückkehrrecht auf eine gleiche oder gleichwertige Stelle nach der Elternzeit und in Vollzeit nach Teilzeit sowie ein Initiativrecht zur Gestaltung der regulären Arbeitszeiten.